Pulsnitzer Anzeiger

Ohorner Anzeiger

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Bei Abholung 14 tägig 1.— RM., frei Haus 1.10 RM. einschl 12 bez. 15 Pf. Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 8—6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlaßsätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 6 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Straße 2 — Fernruf nur 551.

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Ohorn

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Kamenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Ohorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz sowie des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 176 — Mittwoch, den 30. Juli 1941 — 93. Jahrgang

19 Dampfer mit 116500 BRT. versenkt

Großer Erfolg deutscher U-Boote

DNB. Aus dem Führerhauptquartier, 29. Juli.

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Deutsche Unterseeboote errangen in der Atlantikschlacht wiederum einen großen Erfolg. Von Zerstörern, Korvetten, Unterseebootfallen und Hilfskreuzern bedrängt, bekämpften sie tagelang einen britischen Geleitzug und versenkten insgesamt 19 Dampfer mit 116 500 BRT. Ferner wurden von den Sicherungsstreitkräften ein Zerstörer und eine Korvette vernichtet.

*

Ungeheuerlich groß sind die bisherigen Tonnageverluste der Briten. Dies macht sich jetzt deutlich in einer Einschränkung des Verkehrs nach England bemerkbar, zumal die Briten überdies gezwungen waren, für den Nachschub an die Fronten des Nahen Ostens Schiffsraum aus dem Atlantik abzuziehen. Diese Verringerung des England-Verkehrs hat naturgemäß zur Folge, daß nicht alltäglich Erfolgsmeldungen unserer tapferen U-Boote kommen können. Wie aber zugepackt wird, wenn die Briten sich sehen lassen, das zeigt diese neueste Sondermeldung, die uns mit Dank an die tapferen Besatzungen erfüllt.

Gemeinsame Verteidigung Indochinas

Französisch-japanisches Protokoll unterzeichnet

Zwischen der französischen Regierung und der japanischen wurde, wie amtlich mitgeteilt wurde, in Vichy ein Protokoll über die französisch-japanische Zusammenarbeit zur gemeinsamen Verteidigung Französisch-Indochinas abgeschlossen und vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Admiral Darlan und dem japanischen Botschafter Kato unterzeichnet.

Das Protokoll sieht folgende drei Punkte vor: 1. Die beiden Regierungen verpflichten sich, zur gemeinsamen Verteidigung Französisch-Indochinas militärisch zusammenzuarbeiten. 2. Die im Hinblick auf diese Zusammenarbeit zu ergreifenden Maßnahmen werden Gegenstand besonderer Abmachungen werden. 3. Die vorerwähnten Dispositionen bleiben nur so lange in Kraft, als die Umstände, die den Grund für ihre Annahme bilden, vorliegen. Das Protokoll tritt mit der Unterzeichnung in Kraft.

In einer früheren Bekanntgabe war bereits mitgeteilt worden, daß auf Grund der gegenwärtigen Lage im Fernen Osten ein grundsätzliches Einvernehmen zwischen der französischen und der japanischen Regierung im Hinblick auf die Sicherung der gemeinsamen Verteidigung der indochinesischen Union erzielt wurde. Das Dienstag morgen unterzeichnete Protokoll bildet die politische Grundlage der zu diesem Zweck zu ergreifenden technischen Maßnahmen.

„Garantie der friedlichen Entwicklung Südostasiens."

Die japanischen Blätter unterstreichen den friedlichen Charakter der Vereinbarung. Das Abkommen bedeute die endgültige Eingliederung Indochinas in die fernöstliche Lebensgemeinschaft und eine Garantie der friedlichen Entwicklung Südostasiens. Die drohende Einkreisung Indochinas durch England, Amerika und Tschungking sowie insbesondere das Zusammenspiel Tschungkings mit de Gaulle-Kreisen hätten das japanisch-französische Verteidigungsabkommen zu einem dringenden Gebot gemacht, zumal Vichy praktisch nicht imstande sei, Indochina allein vor der Aggression zu schützen. Die japanische Garantie bedeute Achtung vor der Souveränität und territorialen Integrität Indochinas und schließe jede Mißdeutung des Abkommens als japanische Angriffshandlung aus.

Bisher 40 000 Japaner gelandet

Japanische Truppen begannen am Dienstagmorgen, wie in Hanoi amtlich bekanntgegeben wird, mit der Ausschiffung nördlich der Camranh-Bucht an der Ostküste Indochinas. Die amtliche Bekanntmachung besagt ferner, daß der japanischen Luftwaffe insgesamt acht Flugplätze einschließlich des Flugplatzes von Saigon zur Verfügung gestellt wurden. Bisher sind 40 000 Japaner gelandet.

In Saigon werden Vorbereitungen zur Aufnahme der japanischen Truppen getroffen. Das Gebäude der französischen Handelskammer wird dem japanischen Generalstab zur Verfügung gestellt, das Gebäude der chinesischen Handelskammer wird japanisches Hauptquartier. Die japanischen Truppen beziehen Kasernen außerhalb der Stadt. Die Hafenanlagen von Saigon werden der japanischen Marine weitgehendst zur Verfügung gestellt. Die Hotels von Saigon sind mit seit dem Wochenende eintreffenden japanischen Offizieren überfüllt. Die Vorbereitungen zur Aufnahme der Japaner wickeln sich reibungslos ab.

Das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die englischen Finanzinstitute bewirkte einen Ansturm auf die Schalter, so daß die englischen Banken sich gezwungen sahen, die Geldabhebungen auf 500 Piaster zu beschränken.

„Haßpolitik der USA. gegenüber Japan"

Die Tokioter Zeitung „Mijako Schimbun" stellt fest, daß die USA. seit dem Beginn des Chinakonflikts planmäßig die Abdrosselung des japanischen Aufstiegs versucht, aber niemals ihre wahren Absichten habe erkennen lassen. Nichts wäre gefährlicher als eine Illusion, daß doch noch eine Verständigung mit der USA. möglich wäre. Auch heute noch versuchten die Washingtoner Kreise zu bluffen, um Zeit für die Vervollständigung der Einkreisung zu gewinnen. Es müsse klar erkannt werden, daß die USA. gegenüber Japan eine Haßpolitik verfolgen und sich zum letzten Schlag rüsten. Die hinterlistige Art der USA.-Politik sei gefährlicher als ein offener Krieg, den man in Washington vorläufig noch vermeiden wolle, um sich für die letzte Auseinandersetzung zu rüsten.

Das japanische Wirtschaftsblatt „Tschugai Schogio Schimpo" spricht von der Unverfrorenheit Englands und der USA., die eine Besetzung Syriens und Islands als Maßnahme zur „Sicherung des Friedens" kennzeichneten, während sie gleichzeitig das Indochina-Abkommen als einen Gewaltakt hinstellen möchten. Das werde Japan nicht hindern, trotz der Schwierigkeiten seinen Weg zu gehen.

Neuseeland kündigt Japan-Vert.

Wie Reuter aus der neuseeländischen Hauptstadt Wellington meldet, hat der stellvertretende Premierminister Nash bekanntgegeben, daß die neuseeländische Regierung gegen Japan eine ähnliche Aktion durchführe, wie sie durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten in vollem Einverständnis mit Neuseeland bereits erfolgt sei. Die neuseeländische Regierung hat Japan mitgeteilt, daß der japanisch-neuseeländische Handelsvertrag von 1919 mit den Zusätzen von 1928 nach Ablauf der vorgesehenen dreimonatigen Kündigungsfrist seine Wirksamkeit verlieren werde.

Nach einer Domei-Meldung hat die niederländisch-indische Regierung das Petroleumabkommen mit Japan aufgehoben.

Karte zu den Ereignissen in Südostasien.

In Vichy ist ein französisch-japanisches Abkommen unterzeichnet worden, das Frankreich und Japan zur gemeinsamen Verteidigung Indochinas verpflichtet.

Eißner-Deutscher Matern-Verlag (M.)

Dollarimperialismus bedroht Südamerika

„Die südamerikanischen Länder haben die Besuche der Freundschaftsmissionen aus den Vereinigten Staaten satt", erklärte dieser Tage der bekannte nordamerikanische Schriftsteller John Erskine nach seiner Rückkehr aus dem Süden der Neuen Welt, wo er im Auftrage des Rockefeller-Ausschusses Vorträge über nordamerikanische Literatur gehalten hat. Wie sollte es auch anders sein? Hat doch der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, gerade in letzter Zeit alles getan, um Klarheit darüber zu schaffen, daß die südamerikanischen Länder vom Weißen Hause dazu ausersehen worden sind, Hörige der Vereinigten Staaten zu werden! Mit übelsten Erpressermethoden und wüsten Drohungen versucht Roosevelt seit vielen Monaten die südamerikanischen Länder den politischen Zielen seiner Regierung dienstbar zu machen. Verstärkt wurde die Kampagne der Vereinigten Staaten gegen Südamerika und dessen Beziehungen zu Europa etwa seit Mitte Mai 1940, nach der Berufung Nelson Rockefellers zum Leiter einer neugegründeten „Zentralstelle zur Koordinierung der Handels- und kulturellen Beziehungen zwischen den amerikanischen Republiken." Mit einer Plötzlichkeit, die eine höhere Weisung klar erkennen ließ, versuchten damals die Zeitungen der Vereinigten Staaten, ein lebenswichtiges Interesse Nordamerikas an der wirtschaftlichen Entwicklung der südamerikanischen Länder zu konstruieren. Insbesondere waren es die Juden, so vor allem der berüchtigte New-Yorker Oberbürgermeister Laguardia, die der Bevölkerung des Südens das Vorhandensein einer gesamtamerikanischen Solidarität vortäuschen wollten. In Wahrheit aber war es den Nordamerikanern bei diesen Aktionen nicht um die Förderung der südamerikanischen Staaten zu tun, sondern vielmehr um die Bevormundung dieser Länder.

Solidarität des Diebstahls und des Verbrechens

Ein billiges Mittel, Südamerika sich dienstbar zu machen, glaubte Washington in Kreditgewährungen gefunden zu haben. Im März 1941 ging Washington einen Schritt weiter, indem es durch seine diplomatischen Vertreter an die südamerikanischen Staaten mit dem Ansinnen herantrat, die in ihren Häfen liegenden ausländischen, vor allem deutschen und italienischen Schiffe, zu beschlagnahmen. Es war der Außenminister der Vereinigten Staaten, Hull, selbst, der die Welt mit der Bekanntgabe dieses Schrittes überraschte, indem er in aller Offenheit erklärte, die Vereinigten Staaten hätten „aus Gründen der amerikanischen Solidarität" den anderen Ländern ihres Kontinents Mitteilung gemacht von der Beschlagnahme deutscher und italienischer Schiffe. Die Vereinigten Staaten ließen es jedoch nicht bei Empfehlungen bewenden, sondern sie versuchten, durch starke Druckmittel politischer und wirtschaftlicher Natur die Nachahmung des von ihnen gegebenen Beispiels zu erzwingen! Dieses Vorgehen war um so niederträchtiger, als viele der Länder, von denen man eine Solidarität des Diebstahls und des Verbrechens verlangte, nicht einmal Besatzungen besaßen, um die rechtswidrig in Besitz genommenen Schiffe bemannen zu können. Immerhin hat Washington durch diese erpresserische Politik erreicht, daß mehrere mittel- und südamerikanische Länder aus der Zwangslage ihrer Abhängigkeit heraus und im Gegensatz zur öffentlichen Meinung sich im Interesse Nordamerikas zu bedenklichen rechts- und neutralitätswidrigen Handlungen verführen ließen, die in der Endauswirkung eine Schädigung der eigenen Wirtschaft bedeuteten.

Im Zuge der Einmischung in europäische Angelegenheiten forderte Roosevelt sodann eine gesamtamerikanische Ausfuhrkontrolle, durch die alle kriegswichtigen Rohstoffe von den Staaten des Dreimächtepaktes ferngehalten werden sollten. Des weiteren ist hier das Verlangen nach einer Sperrung des Guthabens der Achsenmächte zu erwähnen. Im Hintergrund stand dabei für Roosevelt die Ueberlegung, auf diesem Wege den Rohstoffbedarf für die eigene Aufrüstung und die Englandhilfe sichern zu können. Für Südamerika aber war jedes Eingehen auf diese Pläne Roosevelts mit schwersten Gefahren verbunden, weil selbstverständlich die Vereinigten Staaten die Rohstoffe in dem heutigen Umfange niemals auf die Dauer abnehmen können. Roosevelt aber, dessen Politik sich ganz dem Dollarimperialismus verschrieben hat, hat sich in seinem blindwütigen Haß brutal über die Interessen der südamerikanischen Länder hinweggesetzt. Bedauerlich dabei ist nur, daß manche südamerikanischen Länder die folgenschwere Problemstellung nicht genügend erkannt und sich allzu willig den Befehlen Roosevelts und den nordamerikanischen Interessen gebeugt haben. Eine weitere brutale Mißachtung der südamerikanischen Unabhängigkeit stellt die Einführung der sogenannten Schwarzen Listen am 17. Juli 1941 dar. Unter unerhörtem Druck hat Nordamerika im Zuge dieser Maßnahmen aber-